

vor einigen Tagen verstorbenen Abg. Löser, der Abg. Dehmigen eingeführt und ihm nach Leistung des üblichen Eides sein Sitz in der Kammer angewiesen.

Secr. Püschel beginnt nun den Vortrag aus der Regifrande, wie folgt:

1) d. 10. Novbr. Verzeichniß der Mitglieder der 2. Kammer, welche sich gemeldet und durch ihre Missiven legitimirt haben. (ad Acta). — 2) d. 11. Novbr. Der Abg. Bocke zeigt unterm 9. d. Mts. der Kammer die Behinderung seines Nichterscheinens an, und bittet noch um 14 Tage Urlaub. (wird bewilliget). — 3) Eod. Der Redacteur des Landtagsblattes, Hr. Adv. Krause, bittet, ihm einen Platz an demjenigen Orte zu verwilligen, der für die angestellten Stenographen bestimmt worden. (später zu berathen). — 4) Eod. Der Stellvertreter des 2. Abgeordneten der Stadt Leipzig, Hr. Kaufmann Heinrich Popp, führt unterm 2. d. Mts. diejenigen Gründe an, welche ihn veranlassen, die auf ihn gefallene Wahl eines Stellvertreters abzulehnen, und bittet um Berücksichtigung dieser Gründe. (später zu berathen). — 5) d. 12. Novbr. Der Abg. D. Runde giebt dem Directorium der Kammer zu erkennen, wie er seit geraumer Zeit Dresden zu seinem Aufenthalte gewählt habe, und deshalb auf Beziehung ständischer Diäten verzichte. (später zu berathen). — 6) Eod. Mittheilung des Gesamt-Ministeriums, die Ernennung des wirklichen geh. Rathes und Kreisdirectors von Wietersheim als Commissar für die Angelegenheiten des Ministeriums des Innern, und des General-Intendanten, Obersten von Seebach, und in dessen Behinderung, des Major und Wirthschaftschefs v. Dypell, als Commissar für die Angelegenheiten des Kriegs-Ministeriums betr. (ad Acta). — 7) Eod. Mittheilung des Gesamt-Ministeriums über die eingegangene Anzeige des Buchhändler Barth, welcher die Annahme der auf ihn gefallenen Wahl zum Landtagsdeputirten der Stadt Leipzig unter Vorbehaltung seiner Geschäftsverhältnisse abgelehnt hat. (später zu berathen). — 8) d. 13. Novbr. Der Landtagsdeputirte, Wilhelm Ambrosius Barth, führt unterm 10. d. Mts. diejenigen Gründe an, welche ihn nöthigen, die auf ihn gefallene Wahl abzulehnen, und bittet, dieselben in Erwägung zu ziehen und von der Theilnahme an den Verhandlungen ihn zu entbinden. (später zu berathen). — 9) d. 14. Novbr. Der Abg. Kukul bittet, sein Nichterscheinen in heutiger Sitzung krankheitshalber zu entschuldigen. (ad Acta). — 10) d. 13. Novbr. Mittheilung des Gesamt-Ministeriums v. 13. Nov. 1836., die Uebergabe der nachgenannten allerhöchsten Decrete betreff., als:

- 1) den Gesetzentwurf über das Verfahren in den an den Staatsgerichtshof gelangenden Sachen betreff. nebst Erläuterungen und Motiven, (an die 1. Deputation)
- 2) den Gesetzentwurf über das gerichtliche Verfahren in Streitigkeiten über ganz geringe Forderungen betreff. nebst Erläuterungen und Motiven, (an die 1. Deputation)
- 3) den Gesetzentwurf wegen Verwendung gewisser, der Hauptkasse der allgemeinen Straf- und Versorg-Anstalten ge-

widmeten Zuflüsse zum Besten der Ortsarmenkassen betr. nebst Erläuterungen und Motiven.

Der Präsident ist der Meinung, daß dieses Decret als Gesetzgebungsgegenstand betrachtet und demnach der 1. Deputation übergeben werden müsse oder der 1. Deputation mit Zuziehung der 2.

Staatsminister v. Lindenau: Ich glaube allerdings, daß der Gegenstand zunächst Budgetsache sei. Es handelt sich davon, daß gewisse Abgaben der Communen und Strafantheile zwar nicht weggefallen, allein künftig nicht mehr zur Hauptkasse der Straf- und Versorganstalten gezogen, sondern zunächst zum Besten der Ortsarmenkassen verwendet werden sollen. Und in dieser Beziehung wird der Gegenstand mehr Sache des Budgets als der Gesetzgebung sein.

Nachdem der Präsident geäußert, daß die Qualität dieses Decrets ganz für die Finanzdeputation geeignet erscheine, stellt er die Frage: ob es der Finanzdeputation überwiesen werden solle? welche einstimmig bejaht wird.

- 4) die Bewilligung für einige Baulichkeiten bei den Straf- und Versorg-Anstalten betreff.

Abg. Eisenstuck findet es präjudicial für die Kammer, insofern gesagt werde, daß es einer neuen Bewilligung nicht bedürfe, weil Ersparnisse gemacht worden seien. Er sei damit einverstanden, daß es bewilliget werde, aber es müsse von Neuem bewilliget werden.

Staatsminister v. Lindenau: Ich bin mit der Aeußerung des verehrten Abgeordneten vollkommen einverstanden, und das Einverständniß der Regierung mit dieser Ansicht liegt schon darin, daß diese Angelegenheit an die Kammer gebracht worden ist. Denn die vorhandenen Ersparnisse hätten verwendet werden können; allein weil man sich dazu ohne eine beistimmende Erklärung der Kammern nicht ermächtigt hielt, ist das vorliegende Decret hierher gekommen.

- 5) den Beitrag der alterbländischen Ritterschaft zu den außerordentlichen Staatsbedürfnissen in den Jahren 1830 und 1831 betreff.
- 6) die Staatslotterie betreff., nebst beigefügtem Aufsatz sub D. (kommt an die 3. Deputation).
- 7) die vom Jahre 1818 an in Rückstand gebliebenen Gehaltszulagen für die Conferenzminister und den Appellationsgerichtspräsidenten betreff. (an die 2. Deputation).
- 8) Verschiedene Bestimmungen wegen der Befreiungen von indirecten Abgaben betreff. (an die 1. Deputation).
- 9) die Abnahme der Steuerhauptrechnungen auf die Jahre 1831, 1832 und 1833 betreff.

Auf einen erhobenen Zweifel, an welche Deputation das Decret kommen solle, bemerkt Staatsminister v. Zeschau: da es sich von den Steuerhauptrechnungen handelt, so bemerke ich, daß dies kein umfanglicher Gegenstand ist; denn die Rechnungen sind bereits von der Oberrechnungsdeputation geprüft worden. — Das Decret wird nun an die 2. Deputation abgegeben.

- 10) die Beaufsichtigung der Eisenhütten- und Vitriolwerke betreff. (Ad acta).